

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 106.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Druckerei für alle u. Sonntags 2.00 M. bis 10 M. für die Zeitungs-  
Anstalt. Die Zeitung erscheint wöchentlich zwei Mal. — Druck-Verlag: G. G.  
Gruner (Hr. Brunschwiler), St. Unterwallstraße 27 (Gruner), S. S. S. S. S.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.  
Hr. Dr. Brunschwiler, Telefon 188; Redaktions-Telephon 1272.  
Verleger: Dr. Walter Schenckel in Halle a. S.

Zweite Ausgabe

Freitag, 3. März 1911.

Geschäftsstellen in Berlin: Bernburgerstraße 30.  
Telephon Nr. 11 16 200.  
Druck und Verlag von Otto Zühlke in Halle a. S.

### Deutsches Reich.

**\* Zu den deutsch-schwedischen Handelsvertrags-Verhandlungen** schreibt man uns: In der Presse finden sich Mitteilungen über Einzelheiten der Ergebnisse aus den bisherigen Verhandlungen der deutsch-schwedischen Unterhändler. Man wird gut tun, diese Mitteilungen mit größter Vorsicht aufzunehmen, denn sie vertreten eine solche Erkenntnis über den bisherigen Gang der Verhandlungen, daß sie unmöglich von einer beiderseitigen Seite herrühren können. Außerdem widerspricht es dem für Handelsvertragsverhandlungen überall geltenden Brauch, die Ergebnisse irgend etwas mitzuteilen, bevor nicht ein tatsächlicher Abschluß erzielt ist. Doch aber einem Mißverständnis noch nicht die Rede sein kann, geht ohne weiteres aus der Fassung hervor, daß am 8. d. M. der Wirtschaftliche Ausschuss zu acht Mitgliedern in Berlin ein über den bisherigen Gang der Verhandlungen einberufen ist. Und aus diesem Grunde ist es auch ausgeschlossen, daß die Verhandlungen innerhalb der nächsten 8 Tage zum Abschluß gebracht werden, wie in der betreffenden Mitteilung von angeblich schwedischer Seite behauptet wird.

**\* Deutsche Unternehmungen in Kanada.** Man schreibt uns: In aller Stille, wie es der ständig geübten Zurückhaltung der Beteiligten entspricht, ist schon in London ein bedeutendes Abkommen unterzeichnet worden: Der Finanzierungsvertrag über die Ausbeutung der von dem Deutschen Canada-Syndikat entdeckten Kohlenfelder in der Provinz Alberta im Dominion of Canada. Ein Wert der kanadischen Kohlenfelder und deutscher Energie ist damit um einen wichtigen Schritt vorwärts gerückt worden. Im Jahr werden sechs Jahre verlossen sein, seit von einer Gruppe Berliner Bankiers und Industrieller eine Expedition ausgerückt wurde, um in den weiten, noch unerschlossenen Flächen Kanadas nach Kohlenfeldern zu suchen, die der Bevölkerung der noch anfänglichen Erntestufen und der noch lebendigen, sehr bedeutender Schwierigkeiten in es den Abgabenden des Syndikats gestützt, am Disablung der Rocky Mountains, zwischen den Flüssen Praegau und Stomontis, in der Provinz Alberta mächtige Kohlenlager von ungeheurer Absonderbarkeit aufzufinden. Die Leitung der Canadian Northern Railway, deren System sich in jenem Teile Kanadas auszubreiten beginnt, hat die Bedeutung dieser Kohlenlager alsbald erkannt und sich mit dem deutschen Syndikat zu ihrer gemeinsamen Ausbeutung vereinigt. Die erste Frucht dieser Verbindung war die alsbaldige Inangriffnahme eines Wohnhauses in den Kohlenfelder, der voranschrittlich noch in diesem Jahre seiner Vollendung entgegengeht. Nun hat sich jetzt in London, wie schon erwähnt wurde, unter Beteiligung Berliner, Pariser, Brüsseler und Londoner Häuser ein Konsortium gebildet, das die für die Anlage und den Betrieb der Kohlengruben erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt. Und wieder waren es die deutschen Unterhändler, deren Geschäftlichkeit die nicht leichten Verhandlungen, die oft zu Scheitern drohten, zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht hat. Wenn daher in einem nahen Zukunft weite, bisher unerschlossene ja zum Teil noch unerforschte Gegenden für Bergwerk, Eisen und Kupfer erschlossen werden, so darf es uns mit Genugtuung erfüllen, daß die Intelligenz und die Fähigkeit deutscher Ingenieure hierzu an hervorragender Stelle mitgewirkt haben.

**\* In der Sitzung des Bundesrats** am 2. cr. wurde dem Antrag Bayerns betreffend die Prägung von weiteren Denkmünzen aus Anlaß der Feier des 90. Geburtstages des Prinzen Kuitpold, des Königsreichs Bayern Verweigerer, sowie dem Antrag Württembergs betreffend die Prägung von Denkmünzen aus Anlaß der Feier der silbernen Hochzeit des Königs und der Königin von Württemberg zugestimmt. Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Tagelöhner, die Zehnlosten und die Umzugslosten der Kolonialbeamten, der Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Valentausschreibungswang und die Vorlage betreffend die Berechnung der Materialbeiträge zum Etat für das Rechnungsjahr 1911 gelangten zur Annahme.

**\* Landtagswahl.** Nach dem amtlichen Wahlergebnis erhielten bei der Landtagswahl in Bayern für den am 9. Januar d. J. verfallenden Landtagsabgeordneten Meyer (sonst.) (2. Winder) der Konervative Kandidat Walther die Reichsliste 484 Stimmen, der national-liberale Kandidat Professor Gombé 202 Stimmen. Meyerewitz ist somit gewählt.

**\* Die militärische Feier des Dienstjubiläums des Prinzen Joachim** in das 1. Garde-Regiment i. F. wurde am Donnerstags nachmittags 3 Uhr in dem großen Erzzerkerch zum Hofe in Gegenwart der Prinzen des Königl. Hauses, der Generalität und der fremdbürtigen Offiziere vorgenommen. Die Kaiserin und die Prinzessin Viktoria Luise waren ebenfalls zugegen. Der Kaiser schritt die Front des Regiments ab, das in offener Reihe Aufstellung genommen hatte. In dessen Mitte leitete der Prinz den Zählens und hierauf hielt er

Reiter eine Ansprache, die der Regimentskommandeur mit einem dreifachen Hurra auf Seine Majestät erwiderte. Es folgte ein Paradebericht des Regiments, wobei der Prinz in die Leibkompanie eintrat.

**\* Der deutsche Gesandte in Belgrad.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der Kaiserliche Gesandte in Belgrad, Herr von Reichenau, der seinen Posten auf kurze Zeit verlassen hatte, ist auf den Weg zurückgekehrt. Die kurze Abwesenheit des Gesandten liegt in seinem Zusammenhang mit dem bekannten, bei seiner Abreise schon erwiderten Zwischenfall.

**\* Der König von Sachsen auf der Reise.** Nach in Dresden eingegangener Nachrichten ist der König von Sachsen mit Begleitung nachts in Leipzig eingetroffen und hat nunmehr die Fahrt nachwärts angetreten.

**\* Stärke und Standorte der Luftschiffer-Battalione.** Ueber nähere Einzelheiten der Stärke, Standorte u. d. Luftschiffer-Battalione wird uns folgendes mitgeteilt: Dem Luftschiffer-Battalion Nr. 1, dessen Garnison Berlin ist, bleibt die Luftschifferschule wie bisher unterstellt. Das Battalion soll gleichzeitig die Stammtroop für Formationen abgeben, die notwendigfalls bei der Feldarmee aufzustellen sind. Das Luftschiff-Battalion Nr. 2, dessen Stab und 1. Kompanie in Berlin, dessen 2. Kompanie in Königberg garnisonieren soll, erhält die Werte zugewiesen. Die Stärke des Battalions beträgt: 1. Battalionskommandeur, 1. Hauptmann beim Stabe, 1. Hauptmann als stellvertretender Bezirksdirektor und außerdem pro Kompanie 1. Hauptmann, 3. Leutnants, 80 Gemeine. Zur 2. Kompanie tritt außerdem noch ein Schriftführer. Dem Luftschiff-Battalion Nr. 3 wird das sächsische und württembergische Detachement (2 Offiziere, 5 Unteroffiziere und 51 Mann) beigestellt. 3. Unteroffiziere und 15 Mann (sonst) zugewiesen. Es befindet sich bei der 2. Kompanie die 1. von Landort in Reg. erhalten soll, während der Stab des Battalions und die 1. Kompanie in Köln liegen wird.

**\* Ein allgemeiner deutscher Rabattverein soll,** wie Zeitungsbereiche werden, in Berlin gegründet werden. Die Sache gewinnt dadurch an Interesse, daß mehrere Abgeordnete aus den bürgerlichen Parteien die Sache mit ihrem Namen füllen wollen. Die Begründung der Gründung auf das Reich ist folgen gelassen worden, da der Verband (gemeinnützigen) Rabattvereine Deutschlands (350 Vereine mit 60 000 Detailisten aller Branchen als Mitglieder) sich in Bremen, bereits in allen wichtigeren Orten seit Jahren beherrschend Fuß gefaßt hat; man will mit ihm vielmehr zusammengehen. Es handelt sich vornehmlich um einen Kampf gegen die Berliner Erwerbsrattegesellschaften, die nur zur Bereicherung einzelner Unternehmer dienen und dem Kleinhandelsstande eher schaden als nützen. Die neue Vereinigung soll ihre Ueberführung gemeinnützigen Zwecken zuführen. Es bleibt abzuwarten, ob bei dem rücksichtslosen Geschäftstreiben und indifferenten Rücktritt der Weltmarkt der erhoffte Erfolg zu erringen ist.

**\* Zur Arbeitslosenfrage.** Das sicherste Kennzeichen für die allgemeine wirtschaftliche Lage wird immer eine zuverlässige Arbeitslosigkeit bieten. Wir haben ja nun eine solche für das Reich, das Statistische Reichsamt (Abteilung für Arbeitslosigkeit) fertigt sie und veröffentlicht allmonatlich die Ergebnisse. Aber es hat sich bei dieser Statistik allmählich ergeben, daß sie freilich tendenziell geworden ist für den Monat Januar 1911 verzeichnet sie z. B. 333 976 männliche Arbeitslose bei 170 833 offenen Stellen; 150 584 Stellen wurden besetzt. In weiblichen Arbeiterinnen luden 59 555 Stellen, während an offenen Stellen bei den Arbeiterinnen 65 939 angemeldet wurden; von den letzteren konnten nur 37 613 besetzt werden. Wir befinden uns jetzt in einer aufsteigenden Konjunktur, und das bestätigt auch der Markt der weiblichen Arbeitskräfte, bei denen das Angebot im Januar nicht die Nachfrage nach Arbeiterinnen deckte. In solchen Zeiten kann auch der Markt nicht übrig sein. Nach der Statistik hätten wir aber im Januar nur 163 000 männliche Arbeitslose gehabt. Nebenher sieht, daß das nicht stimmt. Die Sache erklärt sich so, daß jeder Arbeitslose sich an mehreren Adressen zugleich meldet, um möglichst bald wieder eine Arbeitsstelle zu erlangen, und bei jedem wird er gezählt. So mag mancher Arbeitslose im Januar drei- oder viermal gezählt worden sein. Unter diesen Umständen verliert die Statistik ihre Verlässlichkeit; man kann nichts mehr daraus schließen. Die Arbeitsämter können ja ruhig jede Anmeldung entgegennehmen; aber es sollte jeder Arbeitslose gefragt werden, ob er sich schon bei einem anderen Arbeitsamte gemeldet hat, damit er nicht mehrfach gezählt wird. Den Arbeitern selbst ließe sich der Zweck dieser Regelung ohne Zweifel begrifflich machen, um so mehr, als die Sache für sie mit keinerlei Nachteilen, eher mit Vorteilen verbunden ist.

**\* Die Ausweisungen von Oesterreichern aus Preußen.** In der gestrigen Sitzung der oesterreichischen Delegation beantwortete Graf Schrenk eine Interpellation Gombouers betr. die Ausweisungen oesterreichischer Arbeiter aus Preußen.

Der Minister betonte, daß seine Bemühungen, eine Besserung in dieser Angelegenheit herbeizuführen, notwendig nur bis zu einer bestimmten Grenze gegangen seien, da es sich hierbei um die Ausübung eines staatlichen Polizeirechtes handle. Die unabhängigen Staaten könnten in Ansehung der fremden Staatsangehörigen ein unbedingtes Niederlassungsrecht, wie es dem Interpellanten vorzuziehen scheint, nicht vorbehaltlos genehmigen. Sie würden sich ja sonst von vornherein in der Ausübung ihrer Souveränitätsrechte selbst behindern. Auch die oesterreichischen politischen Beziehungen, wie sie erwerbslosweise zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reich beständen, könnten Oesterreich-Ungarn doch nicht das Recht verleihen, zu verlangen, daß die preussischen Behörden die aus lediglich innerpolitischen Rücksichten als notwendig erkannten Politische Ausweisungsbefugnisse aufheben. Der Minister wiederholte hierzu die bei Gelegenheit des Budgets des Auswärtigen Amtes gemachten Erklärungen, und sprach die Erwartung aus, daß gemäß den Zusagen der Reichsämter hinsichtlich Rückführung der Staatsangehörige genommen würde.

Ein Antrag auf Eröffnung der Debatte über die Verantwortung der Interpellation wurde abgelehnt, worauf Hofe einen Dringlichkeitsantrag einbrachte, in welchem die gemeinsame Angelegenheit aufgeföhrt wird, mit den beiderseitigen Regierungen wegen eventueller Retorsionsmaßregeln gegen Preußen sich ins Einvernehmen zu setzen. Hofe empfahl unter beifügen Ausföhren, auf die preussische Regierung, wegen deren er einen Ordnungsruf erheilt, seinen Antrag. Der Antrag wurde schließlich abgelehnt.

### Preussischer Landtag.

#### Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung vom 2. März, 11 Uhr.  
Im Ministerium: Sydow, später v. Reichenbach.  
Die Vorlage auf Änderung der Amtsgerichtsbezirke Berent, v. Stargard und Schönebeck wird in dritter Debatte annehmbar angenommen.

#### Handels- und Gewerbebetriebe.

Die Einzelberatung wird fortgesetzt beim Titel Fortbildungsschulen.

Hr. Dr. Schupp (fortsch. Rp.): Hr. Kammer sprach im Bezugsjahre von dem Redakteur der „Deutschen Kampferzeitung“ Reith, der an der Berliner Fortbildungsschule freimittliche Kritik geübt habe. Im Wahrheit hat der Mann das gute Einvernehmen zwischen Bäckergehilfen und Hausmännern gefördert. Solche Kritik konnte nicht gebildet werden.

Hr. Dr. Schupp (fortsch. Rp.): Die Verträge mit Handelskammer sollten vom Staat unterstüzt werden.

Ein Regierungskommissar: Diese Verträge sollten von privater Seite erfolgen. Der Staat unterstüzt bereits die Werkstätte in Sorau mit erheblichen Mitteln.

Hr. Reiffen (Hr.): Die akademischen Kurse für Handelskammerangehörigen in Berlin haben sich außerordentlich beliebt. Man wünscht aber die Möglichkeit einer Ausföhren.

Die Regierung sollte die entsprechende Prüfungsbildung ermöglichen. Eine Handelskammer wird von uns keineswegs erstellt.

Hr. v. Savigny (Hr.): Im Bezirke mit großen Mengen explosiven Stoffes sollte der Minister die neuen mechanischen Anlagen anbringen lassen.

Beim Titel „Zusätze an die Handwerkerkammer zur Bildung des „Hilfsvereins““ behauptet Hr. Dr. Schupp (Hr.): Ich begreife, daß der Minister die Gefahren der Handwerker für die ortsnahen Handwerker und Kaufleute anerkennt. Die modernen Handwerker bedienen sich heute schon vielfach des Automobils. Um Laufe eines Tages können große Bezirke rings um eine Stadt abgefahren werden. Die Handwerker sollten bei diesen Fahrzeugen nicht faulen, auch nicht in den größtenteils überflüssigen, sondern beim ortsnahen Gewerbetreibenden. (Beifall.) Auch die großen Elektrizitätsgesellschaften sollten auf das Handwerk Rücksicht nehmen und nicht in die elektroelektrische Kleinarbeit eindringen. (Sehr wahr!) Auch die Anlage von Ueberlandzentralen darf das Handwerk nicht ausschalten. Erwerbslosweise wirken viele Handwerker in dieser Richtung. Wo Arbeiten von staatlichen Betrieben vergeben werden, muß genau auf die Berücksichtigung des Handwerks Bedacht genommen werden. Die Verkauf des Memnermeißels Plate ins Herrenhaus begrüßen wir mit besonderer Freude und haben auch mit Genugtuung gehört, daß Staatssekretär Delbück der bevorstehenden Handwerkerkonferenz persönlich beizuwohnen will. Die Festanfragen sollten mehr zur Berücksichtigung von Meßern und Schloßern verwendet werden. Unter dem hohen Disant leidet die Handwerker besonders; sie brauchen ein billiges Leihkapital. Da sollte sich das Handwerk noch mehr als bisher genossenschaftlich organisieren. Man will der Handabund die Bundesforderungen beileben. Das ist ein sehr bedenklicher Schritt. Vor der Disantierung der Handwerkerforderungen kann nur gewahrt werden. Die Liberalen und Freiwillichen folgen uns jetzt auch in der Handwerkerkammer; das ist wohl die Angst vor den Meßern. (Waden links.) Warten wir aber ab, wie sich diese Stimmung bei Abstimmungen äußern wird. Vielleicht kommt dann Herr Marschall doch wie im Jahre 1909 zu der Ueberzeugung, daß die Konfessionen die besten Handwerkerkammer sind. (Sehr gut!) Und Heiterkeit regt sich; Hr. Marschall: Andere Beiräte! In den Beiräten hat sich nichts geändert, nur an den Meßern. (Sehr wahr!) Man nennt Herr Schulz aus Memel als Vorkug der Warenhändler, daß sie viele junge Leute beschäftigen, die so den Detailisten keine Konkurrenz machen können. (Hört! Hört!) Das Wort verdient wohl allgemein bekannt zu werden. Soweit das Handwerk handwerkstüchtiger ist, möge es erlangen, daß im Konfessionen nicht den die Warenhändler folgen. (Sehr wahr!) Die Meßern auch hohe Entlohnung der Arbeiter. (Waden der Ges. Hofe: Schulz!) Gerade der Schulzgen ermöglicht diese hohe Entlohnung. Denken Sie nur an die vielen Tausend holländische

Arbeiter, Herr Reimer, die über die deutsche Grenze kommen (Sehr wahr!) Da sind ja rechtlich einigsetzt, als Herr Reimer. (Geheuerkeit.) Da ist die Handwerkerunfähigkeit der Linken an zu werden wie es begreift. Wir freuen uns aber, daß es auch Herr Schow war, der bei der Reichsfinanzreform Handel und Gewerbe auf eine neue Grundlage stellen half. Wir bebauern es, daß man immer nur Rechte und Zentrum wegen der Finanzreform haben und dann der Einkünfte werden läßt. Inwiefern Paritätsprinzip, das Herr Schow bei dem Entwurf bei dem Loos ausging. (Stürmischer Beifall rechts.)

Abg. Dr. Bahnie (fortf.): Aus dieser Rede sprach die Angst vor den Wahlen. (Lachen rechts.) Warum hören wir nichts vom Umfang des Gehalts des Bundes der Landwirte?

Abg. Dr. Rohmann (nat.): Die „Deutsche Tageszeitung“ nimmt ja selbst Annoncen von Warenhändlern an. Stimmt Herr Dr. Schow nicht 1902 gegen den Hofbesitz?

Abg. Dr. Sahn (ton): Die „Deutsche Tageszeitung“ hat vorübergehend Annoncen von Werbetreibenden gebracht. Aber die Direktion hat die Aufnahme solcher Annoncen untersagt und den dafür eingenommenen Betrag dem Hofbesitz des Bundes der Landwirte überwiesen. (Sehr Geheuerkeit rechts.) Der Bund der Landwirte hat nie eine selbständige Existenz vermindert. Wir haben die Kaufkraft des Hofbesitzes am allgemeinen warren. Wer freilich immer zu großen Wunden angeht, wie dem Hofbesitz, muß bedenken, daß wir es auch mit Großbetrieben zu tun haben. Hunderttausende von Handwerklern gehören dem Hofbesitz an, persönlich oder korporativ. (Abg. Dr. Sahn: Warten die Entscheidung nicht!) Aus den Angriffen gegen mich spricht nur die Absicht, mir die nicht gegenwärtigen Praxen Unannehmlichkeiten zu machen. (Zuruf: bei der gegenwärtigen!) Sinter mit diesen Unterredungen von Handwerklern. (Geheuerkeit.) Die Angriffe gegen mich sind eine Kränkung des gesamten Handwerks. (Chol rechts.)

Abg. Dr. Schiffer (nat.): Unser heutiges Handwerkerprogramm ist das nämliche gewesen als Dr. Sahn zu uns gehörte. Wir würden für Annahme des Hofbesitzes. Abg. Dr. Sahn lehnte ihn ab. (Sehr richtig links.) Hier wird wieder einmal nationalliberaler Wein auf bündlerische Felsen gegossen. Wir lassen uns durch diese Angriffe nicht aufhalten, an unsere Wirtschaftspolitik festhalten. Von unserer Stellung als Mittelpartei lassen wir uns nicht abbringen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Bahnie (fortf.): Der Bund der Landwirte ist ein Warenhaus. Die Rede des Abg. Dr. Sahn war eine Angriffsrede in effer Stunde. (Beifall links.)

Abg. Schammer (ton): Die Sache muß einmal ausgepackt werden. Bahnie war ein Antimilitarist, dann konservativ, dann freikonfessionell. 1902 hat Sie, Herr Bahnie, erinnert an die Mittel? —? Wer lassen wir das noch. (Rufe: heraus damit!) Weiß er nicht, daß er einfl, als er für jene Agitation Geld brauchte, den Weg zum Bund der Landwirte fand? (Recht: höchst richtig.) Herr Bahnie ist gegen von einer weißen Weste. Die muß ich ihn zu Hause in der Kommode liegen. (Große Geheuerkeit und lebhafter Beifall rechts.)

Ein Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt.

Abg. Dr. Sahn (ton): Auf meine Haltung zu den Nationalliberalen blide ich mit Begnügen zurück. Ich habe manchen Nationalliberalen in die Parlamente geschickt. (Beifall links.) Wir hatten es mit dem Bismarck'schen Worte, daß das Suchen nach der Fraktion verboten ist, und kein Kulturkampfgeheuer wird uns daran hindern, in wirtschaftspolitischen Fragen mit dem Zentrum zusammen zu gehen. Abg. Schiffer hat in einer Versammlung ausdrücklich ausgesprochen, in wirtschaftspolitischen Fragen unterwerfe er sich dem Zentrum. Das ist er, ein Bundesgenosse der Handwerker zu bekommen. (Beifall links.) Ein Bundesgenosse bleibt von den Nationalliberalen überhaupt nichts übrig, wenn die Bauern ihre Unterstutzung zurückziehen. Das Zentrum hat in nationalen Fragen den Reiche außerordentlich wertvolle Dienste geleistet. Die Nationalliberalen aber haben das Reich bei der Finanzierung während ein Gegenstand erkornt, und immer bedrückter geht sich, daß sich die ruhigen Leute in evangelischen und katholischen Kreisen voll Eifer von der konfessionellen Seite abwenden. (Rufe links und rechts links: Wer best! Stürmische Gegenrufe im Zentrum: Sie! Sie!)

Abg. Stroffer (ton): Als ich vor zwei Jahren den Abg. Bahnie fragte, wie er sich wohl zum Hofbesitz stellen würde, sagte er: „Wir werden doch nicht so fürcht sein.“ (Stürmischer Beifall hört rechts.)

Abg. Bahnie: Nicht ich habe mich geändert, sondern die politische Konstellation. Im Gespräch mit Herrn Stroffer handelte es sich nur um unsere Selbstständigkeit. (Abg. Stroffer: Heil! nein!)

Ein Schlußantrag wird mit den Stimmen der Zeitschriftenarbeiten und des Zentrums angenommen.

Es folgt eine lange Reihe von persönlichen Bemerkungen. Als dabei Abg. Schwab (nat.) im Anschluß an eine Bemerkung des Abg. v. Bieberstein den Ausdruck „Islamlos“ gebraucht, wird er vom Präsidenten v. Kröner zur Ordnung gerufen.

Die Abg. Brühl (ton) und v. Arnim (ton) bezüglich die erhöhten Anforderungen an Arbeitsnachweise und bitten um Auskunft über die Rechtszustandstellen.

Sandelsminister Schwob: Die Regierungsbereitschaften sollen nach Möglichkeit bei den Rechtszustandstellen beschäftigt werden. Natürlich kommen zur Unterstutzung nur unparteiische Vereine in Betracht.

Abg. Reimer (Zug) Arbeitsnachweise können nur unter Mitwirkung der Arbeiter Beträgen erworben.

Das Kapitel wird bewilligt.

Abg. Karow (ton): Ich bitte den Minister, das Kleinwerkbüchereigenen in Betreffungen mehr zu unterstützen. Inzwischen ist die Erwerbung von Grundstücken durch den Handwerk erleichtert.

Der Sandelsrat ist erledigt.

Freitag: Beendet.

Schluß: 6½ Uhr.

### Deutscher Reichstag.

139. Sitzung vom 2. März, 11 Uhr.

Im Bundesratsrat: Herr von Seeringen.

Die Eingeladene des

Militärkreis „Anfang der Memontepiede“.

Abg. Koete (Zug) wendet sich gegen die Forderung der höheren Preise für Memontepiede. Abgeordnete, die finanziell höher interessiert sind, sollten bei dieser Frage nicht mitmischen.

Abg. v. Bieberstein (nat.) wendet sich gegen die Forderung der höheren Preise für Memontepiede. Abgeordnete, die finanziell höher interessiert sind, sollten bei dieser Frage nicht mitmischen.

Abg. Ohly (fortf.): Die höheren Preise sind gerechtfertigt. Bedenken Sie das große Mißverhältnis der Pferdpreise! Eine

Schädigung der Warmblutgattung kann im Striege sehr gefährlich werden.

Abg. Bernhorst (Nap.): Diese Ausführungen kann ich nur unterschreiben. Der Memontepiede bezieht die Verhältnisse in Hannover. Eine gute Memontepiede liefert auch einen guten Kavallerierpferd.

Abg. Koete (Zug): Es ist bedauerlich, daß die Agrarier durch die Agrarier die Haltung von Memontepiede werden.

Abg. Herr von Sahn (Nap.): Ich habe auf meinem Gute die Memontepiede aufgezogen, nur durchs unrentabel ist. Die Rede des Abg. Ohly hat uns allerdings Freude gemacht. Offenlich wird er beim nächsten Jollart für höhere Pferdpreise eintreten.

Abg. Reiter (fortf.): Wenn höhere Memontepreise notwendig sind, so ist das Folge der Jollart der Memontepiede. Die Einführung der Jollart an Stelle der Warmblutgattung ist eine Art Hofbesitz.

Abg. v. Bieberstein (ton): Gerade der kleine Besitzer hat den größten Vorteil der hohen Memontepreise, nicht der Großgrundbesitzer. Tatsächlich macht die Kallzulassung bedeutende Fortschritte. Wir haben keine höheren Preise gefordert.

Generalmajor Wandel: Herr hoffen, daß auch 1911 die Preise nicht so hoch werden werden, dann werden wir auch die höheren Preise zahlen müssen. Gerade die kleinen Besitzer liefern uns die meisten Pferde.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Reiter (fortf.) und Dr. Baasche (nl) beendet.

Schäftsleiter Bernhart: Auch ich will noch einmal die Zustimmung geben, daß beim Anlauf von Memonten das Interesse der Reiterei vorrangig sorgfältig gewahrt wird. Das ist auch recht nötig, denn es handelt sich um sehr bedeutende Ausgaben. Wir haben noch in den neunziger Jahren dafür einen Posten von sechs Millionen Mark im Etat gehabt, und nun ist er auf über ein Millionen gesunken. (Stört! Stört!) Er hat also eine nicht geringe Bedeutung für die Gesamterhaltung unseres Etats, und wir haben die größte Verantwortung, ihm alle Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Ausprache schließt. Beim Kapitel „Militär-Erziehungs- und Bildungsstellen“ bestimmt Abg. Dr. Müller-Weinigen (Nap.) eine Resolution, Erwägungen anzustellen, wie denjenigen Militärfachlichen, die eine hervorragende turnerische Ausbildung besitzen, Vergünstigungen bei der Erfüllung ihrer militärischen Dienstpflicht bewilligt werden können. (Mittlere Dienstzeit, Vergünstigungen im Abnennung usw.)

Abg. Cuno (fortf.): Die turnerische Ausbildung ist von großer Bedeutung für die Erfüllung der Dienstpflicht. Das soll weit arbeitsfähiger durch das Turnen und kann soziale Kosten besser tragen.

Rechtsminister v. Seeringen: Ich bitte Sie, der Resolution nicht zuzustimmen. Wir scheinen dem Zentrum gewiß die größte Bedeutung, aber man kann in der Bewertung auch etwas zu weit gehen. Wir können nicht einsehen, daß der bet. Mann durch turnerische Leistungsfähigkeit auch eine größere militärische Leistungsfähigkeit hat. Gewiß, sie sind körperlich leistungsfähiger, aber ob auch in militärischer Hinsicht, ist fraglich. Ich erlaube Sie, nicht die Meinung zu geben, daß die Seeresverwaltung das Turnen nicht für notwendig hält.

Abg. Dr. Goerde (nl): Der Grundgedanke der Resolution ist ja ein gesunder, aber die damit verknüpfte Forderung der kürzeren Dienstzeit ist bedenklich.

Abg. Herr v. Wühlhorn (ton): Wir sind von einer Unterstutzung der Seeresverwaltung nicht entsetzt, aber der Resolution können wir nicht zustimmen. Wenn die Dienstpflichtigen etwas Honorarogendes leisten, werden sie sich dem Militär schon selbst durchsetzen. Aber von vornherein einen Anspruch auf verkürzte Dienstzeit festzusetzen, ist für uns unannehmbar.

Abg. Dr. Müller-Weinigen (fortf.): Von den schönen Worten der Herren Vorredner werden die deutschen Turner nicht erloht sein.

Abg. Schöpfung (Zug): Wir fordern ein Zusammenarbeiten von Staat und Gemeinden zwecks besserer Ausbildung der Jugend in körperlicher Hinsicht. Aber daraus die Berechtigung einer kürzeren Dienstzeit herzuleiten, können wir nicht für richtig halten.

Abg. Dr. Reiffner (Zug): Auch wir haben erhebliche Bedenken. Die Resolution ruht offene Türen.

Die Resolution wird darauf abgelehnt.

Es folgt das Kapitel „Artillerie und Waffenwesen“.

Abg. Dr. Weber (nl) fordert für die Arbeiter in den Standesamtlichen Feuerungsanlagen.

Abg. Schürmer (Zug) begründet die von den Arbeitern geforderte Resolution, sowie eine gleiche, die eine allmähliche Aufhebung der Löhne ersucht. Die Arbeiterausschüsse müssen bei den Lohn- und Arbeitsbedingungen mitwirken können.

Abg. Pauli-Rothemann (ton): Die Festsetzung der Stundelöhne bedarf einer Revision. Die Ernennung von ungeleiteten Arbeitern zu Meistern ist, wenn die Arbeiter sich selbst helfen. Diese sehen es ungern, wenn ein Ingelektur plöblich ihr Recht gelehrt wird. Der Zugang der christlichen Organisationen würde notwendigerweise die nichtchristlichen folgen müssen. Die Verwaltung muß dazu gelangen, den Vorständen der innerhalb der Betriebe bestehenden Organisationen eine Resolution berechtigt. Diese Klagen zu stellen. Ausführenden Organisationen dürfen natürlich in die inneren Verhältnisse nicht hineingreifen. Das heißt, daß die Seeresverwaltung meinen Anträgen Folge leistet.

Generalmajor Wandel: Der gute Wille zur Abstellung von Klagen ist vorhanden, aber leider fehlt Geld dazu. Wir folgen wohl der Meinung mit, aber nicht nach unten und müssen auch auf die Privatindustrie Rücksicht nehmen. Verbesserungen werden so oft wie möglich vorgenommen.

Abg. Böhle (Zug): Die Arbeiterausschüsse funktionieren keineswegs zufriedenstellend. Die Löhne sind ungenügend.

Die Beratung wird auf Freitag vertagt. — Schluß nach 6 Uhr.

### Ausland.

#### Die Kabinettsbildung in Frankreich.

Nach einer Aenderung, die der Finanzminister Cailaux einem Berichterstatter gegenüber getan hat, scheint es, wie aus Paris gemeldet wird, nicht ausgeschlossen, daß der besagte Minister des Aeußeren Cruppi und der besagte Justizminister Develle die Portefeuilles austauschen werden. Deulle war bereits 1893 Minister des Aeußeren, Cruppi war früher Staatsanwalt. — Eine spätere Uebernahme aus Paris besagt dagegen, daß Senator Develle es überhaupt abgelehnt habe, ein Portefeuille in neuen Kabinet zu übernehmen.

Im Interkabinettsrat sind ernannt worden für das Ministerium des Innern Emile Comant, für die Justiz Malvy, für die Posten und Telegraphen die Schönen Rühle Dujaud in Doumer. Die Rufausbeileitung bleibt im Ministerium des Innern.

Wie wir bei Redaktionsstillschluß endlich noch erfahren, setzt sich das Kabinet wie folgt zusammen: Reich und Inneres Deulle, Justiz Antoine Berrier, Aeußeres Cruppi, Krieg Bertaux, Marine Delcasse, Finanzen Cailaux, Unterricht Steeg, Öffentliche Arbeiten Dumont, Handel Baasche, Aerbau Bourcs, Kolonien Reiffner, Arbeit und soziale Fürsorge Paul Bourcs.

### Die parlamentarische Lage in England.

Im englischen Unterhause beantragte Arthur Chamberlain ein Amendement, das sich zwar für eine Reform des Oberhauses ausspricht, aber seine Unabhingigkeit als zweite Kammer erhalten will und erklärt, daß die Regierungsbildung die seine Sicherung dagegen, daß die bevorstehenden Veränderungen ohne die Zustimmung des Hauses am Gelingen würden. Der Sprecher der Unionisten stellte der Regierung die dringende Notwendigkeit vor, zu einer dauernden Regelung der Beziehungen der beiden Häuser zu einander zu gelangen. Dies könne nur durch die Annahme eines Gesetzes erreicht werden, der sowohl von der Regierung, wie von der Opposition unterstügt wird. Die Reden der Ministerialen deuteten klar darauf hin, daß die Regierung weigern wird, einen Kompromiß in dieser Richtung zu geben und entschlossen ist, mit der veto-Sache weiter vorzugehen. Asquith erklärte, die Regierung habe sich wiederholt in unabweisbarer Weise dafür ausgesprochen, daß es der Regierung erliebe und vernünftige Aufgabe sein müsse, die Bill zum Gesetz zu machen. Zu einer lebhaften Szene kam es, als Balfour erklärte, die Regierung beabsichtige, in der Zeit zwischen der Annahme des veto-Gesetzes und der Einführung ihres Reformgesetzes die größte konstitutionelle Umwälzung zur Annahme zu bringen, die das Land je gesehen habe, nämlich Home Rule. Die Regierung beabsichtige, Home Rule den Lande durch einen „Betrug“ aufzuzwingen. Das Wort „Betrag“ wurde mit dem lauten, immer wiederholten Zuruf „Zurück, nehme!“ von Seiten der Ministerialen und Nationalisten angenommen. Balfour verurteilte weiter zu reden, aber die Kamm verurteilte sich. Schließlich wollte Balfour seine Rede fortsetzen, mit der Erklärung, daß er das Wort „Betrag“ nicht zurücknehmen wolle.

Der Redaktionsstillschluß wird uns noch gebracht: London, 2. März. Unterhaus. Um 11 Uhr nachts wurde unter lebhaftem Bezeugung des Hauses beschlossen, die Debatte zu schließen. Hierauf wurde das Amendement Chamberlain mit 365 gegen 241 Stimmen abgelehnt und die zweite Lesung der veto-Bill mit 368 gegen 243 Stimmen angenommen.

### Die Zwischenfälle an der türkisch-griechischen Grenze.

Der griechische Gesandtschaftsträger in Konstantinopel teilte dem türkischen Minister des Aeußeren die von der griechischen Regierung zur Verhütung der Grenzbelästigungen getroffenen Maßnahmen mit und fragte, was die Worte zu tun abdenkt, um die Ruhe an der Grenze zu sichern. Hissak Pasha erwiderte, er werde darüber mit dem Kriegsminister beraten, er müsse aber auf der Aufrechterhaltung der Achtung der beiden türkischen Soldaten bestehen, die der griechische Minister des Aeußeren als unzulässig bezeichnet habe. Auch der türkische Gesandtschaftsträger in Athen gab die Erklärung ab, daß die Worte sich nur Rückgabe der beiden Leichen auf seine Unterstutzung der Zwischenfälle einlassen könne.

Spanien und der Vatikan. Die spanische Regierung hat am Donnerstag früh die Note des Vatikans erhalten, welche die Antwort auf die Vorstöße des spanischen Kabinetts enthält. Die Note ist dem König mit der Antwort überreicht worden, welche die Regierung heute abenden wird.

Aus der Republik Portugal. Der portugiesische Justizminister Alfonso Costa hat dem Ministerialrat Vorgelegten, um die Prozesse zu verbinden, während der Welle den Vertrieben der Wüste zu bestehen. Die Maßnahmen sind von dem Ministerat gebilligt worden. Die Entscheidung des Vorkonferenzen wird als Vorzeichen gegen die Jullgenant angesehen, weil ihr die vorgängige Erlaubnis der Behörden fehlt.

Der neue türkische Unterrichtsminister. Nach einer Meldung aus Konstantinopel wurde der Deputierte von Bagdad, Ismael Gaffi, zum Unterrichtsminister ernannt.

Die Lage in Tripolis. Das türkische Ministerium des Aeußeren dem entriert die Gerichte von einer Abhebung des Wali von Tripolis. Seitens Italiens sei diesbezüglich kein Verlangen gestellt, sondern nur die Schwierigkeit einer Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen dem Wali und dem italienischen Konsul nach dem Zwischenfall Gussano erwähnt worden. Die Worte habe erwidert, sie überlasse der italienischen Regierung die Beurteilung, ob die Weiterhaltung des Konflikts nach seinem Vorgehen bei dem Zwischenfälle möglich sei. Weiter habe sich die Worte über die Haltung der Konsul in Hobaba und Benghali befragt.

Antirussische Propaganda in China. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Tokio: 1200 in Tokio lebende chinesische Studenten haben beim chinesischen Vorkonferenzen Protest eingelegt gegen die Schwärze der Antirussische Propaganda in China und Europa sind 18.000 Yen gesammelt worden.

Eine große Verschwörung in Korea? Die Japaner stellen eine weitverzweigte Verschwörung in Korea entdeckt haben, die die Zerkörung der Seoul-Japan-Eisenbahn bezweckt habe; 50.000 Revolutionäre sollten für diesen Plan gewonnen werden sein.

Die „Bergrettungsstelle“ in der Union. Nach einer Meldung aus Washington hat der Finanzminister des Senats die Annahme eines Antrages zum Aufhebung des Nationalitätsgesetzes empfohlen, der darauf hingiebt, dem Präsidenten die Befugnis zur Einziehung von Bergrettungsstellen gegen Länder zu erteilen, die gegen Amerikaner Ausnahmestimmungen erteilen.

### Aus Nah und Fern.

Schwere Antiruss. Man meldet uns aus M. in den 2. März: Wie überstürzt in Belgrad, herrsche auch heute hier ein orkanartiger Sturm. Während einer halben Stunde ging ein juchendender Gewitter nieder. Die Wohlthätige waren von außerordentlicher Heftigkeit. Der Regen war wolkenbrütend. Aus Oberbayern wird folgende Meldung gemeldet.

Der erste Spanienschl. Man meldet aus Hobaba, 2. März: Heute hat General Jazet Polka in Gegenwart hoher Beamten und der fremden Konsul den ersten Spanienschl zum Besten der Sohn Hobaba — Sana getan.

Die Erbauer der Signen nehmen die Arbeit wieder auf, daß erkläre sie, von neuem in den Ausbau zu treten, falls ihnen bis Montag keine Lohnbestimmungen gewährt würden.

Der ehemalige Rektor Bode wird sich am Sonnabend und den zwei folgenden Tagen wegen Stillschließens und Belästigung vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II in Berlin zu verantworten haben. Die Verhandlung wird unter vollster Anwesenheit der Öffentlichkeit stattfinden.



Am 1. März 1911... Berlin, den 2. März 1911

Berliner Börse, 2. März 1911

Am 1. März 1911... Berlin, den 2. März 1911

Main table containing various stock market listings, including columns for company names, stock types, and prices. Includes sections for 'Deutsche Pfandbriefe', 'Bank- und Wechsel', and 'Industrie- und Handelsaktien'.

Vertical text on the right margin, possibly a continuation of the market report or a separate notice.